Inhaltsverzeichnis

Geleitwort V
Vorwort VII
Autorinnen und Autoren VIII

Kapitel 1 Amtshaftung 1
I. Anwendbarkeit des Amtshaftungsanspruchs 2
1. Grundsätzliche Anwendbarkeit 2
2. Auslandsschadensfälle 2
3. Kampfhandlungen in bewaffneten Konflikten 2
4. Ex-gratia-Leistungen 3
II. Anspruchsvoraussetzungen 3
1. Ausübung eines öffentlichen Amtes 3
2. Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht 5
3. Verschulden 5
4. Kausalität 5
5. Kein Haftungsausschluss 5
a) Subsidiaritätsklausel 5
b) Nichtgebrauch von Rechtsmitteln 6
c) Soldatenversorgungsrecht 6
III. Anspruchsverwirklichung 7
1. Anspruchsgegner 7
2. Art und Umfang des Schadensersatzes 7
3. Verjährung 8
4. Konkurrenzen 8
5. Rechtsweg 8
IV. Inanspruchnahme schädigender Soldaten (Regress) 8

Kapitel 2 Amtshilfe 11
I. Einleitung 11
1. Begriff der Amtshilfe 11
2. Behörden 12
3. Rechtliche Grenzen der Amtshilfe 12
II. Abgrenzung zum „Einsatz“ im Sinne von Art. 87a GG . . . 13

III. Fallgruppen einer Amtshilfeleistung durch die Bundeswehr . . . 14
1. Bereitstellen von Liegenschaften . . . 15
2. Personelle Unterstützung . . . 15
3. Unterstützung der Polizei . . . 16
4. Unterstützung bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen oder bei Quarantänemaßnahmen . . . 16
5. Gesundheitsfürsorge . . . 17

Kapitel 3 Befehlsrecht . . . 18
I. Militärische Ordnung . . . 18
1. Befehls- und Kommandogewalt . . . 18
2. Befehl des Vorgesetzten . . . 19
3. Gehorsam des Untergebenen . . . 20
II. Vorgesetztenverordnung . . . 21
1. Vorgesetztenverhältnis auf Grund der Dienststellung . 21
2. Vorgesetztenverhältnis auf Grund des Dienstgrades . . . 23
3. Vorgesetztenverhältnis auf Grund besonderer Anordnung . . . 25
4. Vorgesetztenverhältnis aufgrund eigener Erklärung . . . 25
III. Grenzen von Befehl und Gehorsam . . . 26
1. Befehlsbegriff . . . 27
2. Rechtmäßigkeit eines Befehls . . . 27
3. Verbindlichkeit eines Befehls . . . 28
IV. Weisungsrecht . . . 30

Kapitel 4 Bundeswehrverwaltung . . . 32
I. Geschichte . . . 32
II. Heutige Struktur . . . 33
1. Personal . . . 33
2. Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung . . . 34
3. Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen . . . 34
4. Exkurs: Rechtspflege der Bundeswehr und Militärseelsorge . . . 34
III. Rechtliche Einordnung . . . 35
1. Bundeswehrverwaltung . . . 35
2. Sonstige Verteidigungsverwaltung . . . 37

Kapitel 5 Einsatz im Ausland . . . 38
I. Verfassungsrechtliche Abgrenzung . . . 38
1. Der Ausgangspunkt: Art. 87a Abs. 1 und 2 GG . . . 38
a) Streitkräfte . . . 39
b) Einsätze . . . 39

c) Verteidigung 39
2. Die Erweiterung: Art. 24 Abs. 2 GG 41
a) Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit 42
b) Einzelne Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit 43
II. Besondere Einsatzarten 45
1. Militärische Evakuierungsoperationen 45
2. Verteidigung von Bündnispartnern (isolierter Bündnisfall) und kollektive Selbstverteidigung 46
III. Entscheidungsbefugnis zum Einsatz im Ausland – die „Parlamentsarmee“ 47
1. Voraussetzungen der Parlamentsbeteiligung 47
2. Verfahren der Parlamentsbeteiligung 49
IV. Abgrenzung zu einzelnen dienstrechtlichen Begriffen 50
1. Besondere Auslandsverwendung (§ 62 SG) 50
2. Hilfeleistung im Ausland (humanitäre Hilfe) (§ 63a SG) 51
3. Besondere Verwendung im Ausland (§ 56 BBesG). . . . 51

Kapitel 6 Einsatz im Innern. 52
I. Politische Brisanz und praktische Relevanz 52
II. Wehrverfassungsrechtliche Koordinaten 52
1. Art. 87a Abs. 1 Satz 1 GG als Grundnorm 52
2. Art. 87a Abs. 2 GG als Ausnahme von der Regel 53
a) Trennungsgebot 53
b) Begriff der Verteidigung 54
c) Begriff des Einsatzes 54
III. Anknüpfung an die Notstandsverfassung 54
IV. Die Einsatztatbestände im Einzelnen 55
1. Verteidigungsfall: Ergänzung des Verteidigungsauftrags in Art. 87a Abs. 3 GG 55
a) Verteidigungsrelevanter Objektschutz 56
b) Zivile Verkehrsregelung zu Verteidigungszwecken. 58
c) Sonstiger Objektschutz 58
2. Spannungsfall: Befugnisse der Streitkräfte in der Phase der Mobilmachung nach Art. 87a Abs. 3 GG. . . 59
3. Innenpolitischer Notstand: Der Kampf gegen den Verfassungsfeind (Art. 87a Abs. 4 GG). 60
a) Anspruchsvolle Voraussetzungen 61
b) Schneidige Rechtsfolgen 62

4. Katastrophennotstand: Vom „unpolitischen“ Notstand zum Instrument gegen den Terror (Art. 35 Abs. 2, 3 GG) 63
a) Bundesgenössische Hilfe (Art. 35 Abs. 2 Satz 2 GG) 63
b) Bundesintervention (Art. 35 Abs. 3 GG) 64
c) Zwangsbefugnisse und Bewaffnung: die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz 65
V. „Altes“ Recht und neue Bedrohungslagen? 66

Kapitel 7 Historische Entwicklung 68
I. Militär und Recht 68
1. Einhegung des Krieges 68
2. Entwicklung des Kriegswesens 69
II. Deutsches Kaiserreich und Kontingentheer 69
III. Weimarer Republik und Reichswehr. 71
IV. „Drittes Reich“ und Wehrmacht. 73
V. Demokratie und Bundeswehr. 75
VI. Wehrrecht und Tradition der Bundeswehr. 78

Kapitel 8 Humanitäres Völkerrecht 79
I. Einleitung. 79
II. Auftrag und Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts 80
1. Klare Fokussierung auf die Aufrechterhaltung der Menschlichkeit in bewaffneten Konflikten. 80
2. Das humanitäre Völkerrecht als Teil des Wehrrechts und seine Bedeutung für die Bundeswehr 81
3. Rechtsgrundlagen des humanitären Völkerrechts 81
a) Völkervertragsrecht, insbesondere zwischenstaatliche Abkommen/Übereinkünfte 82
b) Völkergewohnheitsrecht. 83
III. Durchsetzung des humanitären Völkerrechts. 83
1. Durchsetzung des humanitären Völkerrechts durch eine effiziente Verbreitungsarbeit 83
a) Gesetzlicher und satzungsgemäßer Verbreitungsauftrag an die internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. 84
b) Verbreitungsarbeit durch unterschiedliche Formate 85
2. Gewährung von Zutritt zu Krisen- und Konfliktregionen 85
IV. Fazit und Ausblick – Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts 86

Kapitel 9 Militärischer Abschirmdienst 88
I. Einführung 88
II. Aufgaben des MAD 89
1. Abgrenzung zu zivilen Verfassungsschutzbehörden . . . 89
2. Extremismusabwehr 90
3. Spionageabwehr 90
4. Abwehr des internationalen Extremismus und Terrorismus 91
5. Beurteilung der Sicherheitslage 91
6. Mitwirkungsaufgabe 92
7. Schutz von Auslandseinsätzen der Bundeswehr 92
III. Zuständigkeitseröffnung 93
1. „Doppelte Klammer“ 93
2. Ausnahmen 94
IV. Befugnisse 95
1. Generalbefugnis und Spezialermächtigungen 95
2. Trennungsgebot 95
3. Übermittlungsbefugnisse 96
4. Parlamentarische Kontrolle 97

Kapitel 10 Parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte 98
I. Einführung 99
1. Die Wehrverfassung 99
2. Die Bundeswehr als Parlamentsarmee und das Primat der Politik 99
II. Der Bundesminister der Verteidigung, Art. 65a GG 100
1. Befehls- und Kommandogewalt 100
2. Voraussetzungen für das Amt 101
3. Vertretung 101
4. Parlamentarische Kontrolle 102
5. Ende des Amtes 102
III. Der Verteidigungsausschuss, Art. 45a GG 102
1. Zuständigkeit 103
2. Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss 103
IV. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Art. 45b GG 104
1. Das Amt des Wehrbeauftragten 105
2. Aufgaben und Rechte des Wehrbeauftragten 105
V. Das Budgetrecht des Parlaments, Art. 87a Abs. 1 Satz 2 und Art. 110 Abs. 2 GG 106
1. Die zahlenmäßige Stärke 106

2. Die Grundzüge ihrer Organisation 107
VI. Die Zustimmungs- und Mitwirkungserfordernisse beim Einsatz der Streitkräfte 107
1. Der Verteidigungsfall 107
2. Die Bündnisverteidigung 109
3. Der Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland 109
4. Der Einsatz der Streitkräfte im Innern. 110

Kapitel 11 Pflichten der Soldaten 111
I. Staatsbürgerliche Rechte des Soldaten 111
II. Grundpflicht des Soldaten 112
1. Pflicht, „treu zu dienen“. 113
2. Pflicht, „tapfer zu verteidigen“ 114
III. Eintreten für die demokratische Grundordnung 114
1. Pflicht, die freiheitliche demokratische Grundordnung „anzuerkennen“. 115
2. Pflicht, „durch sein gesamtes Verhalten einzutreten“. . 115
IV. Eid und feierliches Gelöbnis 115
V. Pflichten des Vorgesetzten 116
1. Beispiel in Haltung und Pflichterfüllung. 116
2. Pflicht zur Dienstaufsicht 117
3. Pflicht zur Fürsorge 117
4. Befehlsbefugnis 118
5. Befehlsverantwortung und -durchsetzung. 118
6. Zurückhaltung. 118
VI. Gehorsam. 119
VII. Kameradschaft 119
VIII. Wahrheit 120
IX. Verschwiegenheit. 121
X. Politische Betätigung 122
XI. Verhalten in anderen Staaten 124
XII. Verhalten im und außer Dienst 124
1. Wahrung der Disziplin 124
2. Pflicht zum Wohlverhalten 125
3. Nachwirkende Wohlverhaltenspflicht. 126
XIII. Gesunderhaltungspflicht und Patientenrechte 127
1. Pflicht zur Gesunderhaltung. 127
2. Duldungspflicht. 127
3. Einfache ärztliche Maßnahmen 128
4. Ablehnung zumutbarer Maßnahmen. 128
XIV. Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung . 128
XV. Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken . 129

XVI. Nebentätigkeit 129
XVII. Tätigkeit nach Ausscheiden aus dem Wehrdienst 130
XVIII. Vormundschaft und Ehrenämter 131

Kapitel 12 Rechtspflege der Bundeswehr 132
I. Die Rechtspflege im organisatorischen Sinn 132
1. Rechtliche Grundlagen 132
2. Die Truppendienstgerichte 133
a) Überblick 133
b) Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung 134
c) Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung . . . 137
3. Der Bundeswehrdisziplinaranwalt beim Bundesverwaltungsgericht 138
4. Wehrdisziplinaranwälte 139
II. Die Rechtspflege im funktionalen Sinn 139

Kapitel 13 Sicherheitsüberprüfungsrecht 143
I. Zum Hintergrund und Zweck der Sicherheitsüberprüfung 143
1. Zur sicherheitsempfindlichen Tätigkeit 144
2. Zur Ausbildung an Kriegswaffen 144
II. Zum Sicherheitsüberprüfungsverfahren 144
1. Einleitung durch den Sicherheitsbeauftragten 145
2. Durchführung durch die mitwirkende Behörde 145
3. Entscheidung durch die zuständige Stelle 146
4. Später aufkommende sicherheitserhebliche Erkenntnisse 146
III. Zur Bewertung sicherheitserheblicher Erkenntnisse 147
1. Prüfparameter 147
2. Risikominimierende Auflagen 148
3. Feststellung eines Sicherheitsrisikos 148
4. Grenzfälle 149
IV. Zur Bindungswirkung der Entscheidung der zuständigen Stelle 149
V. Zur Überprüfung der Entscheidung der zuständigen Stelle 150

Kapitel 14 Soldatenbeteiligungsrecht 151
I. Die Idee der Teilhabe der Soldaten am militärischen Führungs- und Entscheidungsprozess 151
II. Die Entwicklung der Beteiligungsrechte in den Streitkräften 152
III. Die Funktion der Vertrauensperson und deren Rechtsstellung 156
IV. Versammlungen und Ausschüsse der Vertrauenspersonen . . 158

1. Versammlungen der Vertrauenspersonen 158
2. Vertrauenspersonenausschüsse und der Gesamtvertrauenspersonenausschuss beim Bundesministerium der Verteidigung 159

V. Die Beteiligungsformen im Soldatenbeteiligungsrecht 161
VI. Die Beteiligungsrechte der Vertrauenspersonen 163
VII. Die Einbindung des Beteiligungsrechts der Soldaten in das Personalvertretungsrecht 165
VIII. Beteiligung in der besonderen Auslandsverwendung der Soldaten 167
IX. Ausblick 168

Kapitel 15 Soldatenlaufbahnrecht 169
I. Vorgaben des Soldatengesetzes 170
II. Laufbahngruppen 171
1. Mannschaften 173
2. Unteroffiziere 174
a) Fachunteroffiziere 174
b) Feldwebel 175
3. Offiziere 176
III. Laufbahnen 177
1. Truppendienst 178
2. Militärfachlicher Dienst 179
3. Sanitätsdienst 179
4. Geoinformationsdienst 180
5. Militärmusikdienst 181
IV. Reserve 181

Kapitel 16 Soldatenrecht – Allgemeines 183
I. Historische Grundlagen 183
II. Das Soldatengesetz von 1956 184
1. Allgemeines 184
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen 185
3. Vergleich zum Beamtenrecht 186
III. Weitere Gesetze, die auf das Dienstrecht der Soldaten Anwendung finden 187
1. Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) 187
2. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) 187
3. Besoldungsrecht 188
4. Gleichstellungsrecht 189
5. Personalaktenrecht 189
6. Reservistengesetz (ResG) 189
7. Schwerbehindertenrecht 190

8. Urlaubsrecht 190
9. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) 191
10. Europäisches Recht 191
IV. Weitere Entwicklung 192

Kapitel 17 Soldatenstatusrecht 194
I. Einführung 194
II. Gemeinsame Berufungsvoraussetzungen und -hindernisse . 195
III. Berufssoldaten 197
1. Adressatenkreis 197
2. Auswahl zum Berufssoldaten 197
3. Beendigung des Dienstverhältnisses durch Entlassung. 199
IV. Soldaten auf Zeit 200
1. Berufung in das Dienstverhältnis und Dienstzeitfestsetzung 200
2. Beendigung des Dienstverhältnisses durch Entlassung. 201
V. Freiwillig Wehrdienstleistende 201
VI. Reservedienstleistende 203
VIII. Eignungsübende 203

Kapitel 18 Truppenstationierungsrecht 205
I. Recht zum Aufenthalt 205
1. Einvernehmlicher Aufenthalt 205
a) Stationierungsvertrag 205
b) Durchmarschrecht 206
2. Besetzung 207
a) Kriegerische Besetzung 207
b) Friedliche Besetzung 207
c) Waffenstillstandsbesetzung 207
II. Recht des Aufenthalts 207
1. Einvernehmlicher Aufenthalt 207
a) Gewohnheitsrechtlich anerkannte Grundsätze . . . 208
b) NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen 209
c) PfP-Truppenstatut 213
d) Streitkräfteaufenthaltsabkommen nach dem Streitkräfteaufenthaltsgesetz 213
e) NATO-Hauptquartiere 213
2. Aufenthalt in anderen Fällen 214

Kapitel 19 Unmittelbarer Zwang 215
I. Systematische Einordnung 215
II. Anwendungsbereich 216
1. Örtlicher Anwendungsbereich 216

2. Personeller Anwendungsbereich 216
III. Systematik des UZwGBw. 217
1. Allgemeine Vorschriften 217
a) Militärischer Bereich 217
b) Militärischer Sicherheitsbereich 217
c) Straftat gegen die Bundeswehr 218
2. Besondere Befugnisse 218
3. Exkurs: Errichten eines vorübergehenden militärischen Sicherheitsbereiches 220
4. Die Anwendung von Zwang 223
a) Einzelmaßnahmen des unmittelbaren Zwanges . . 224
b) Allgemeine Voraussetzungen für die Anwendung des unmittelbaren Zwanges 224
c) Besondere Voraussetzung für die Anwendung von unmittelbarem Zwang 225
d) Schusswaffengebrauch 227
IV. Fazit 228

Kapitel 20 Wehrbeschwerderecht 229
I. Wehrbeschwerderecht damals und heute 229
II. Eckpfeiler der Wehrbeschwerdeordnung 230
III. Art, Bedeutung und Reichweite des Beschwerderechts 232
1. Grundsatz und Rechtsschutz 232
2. Die beschwerderechtliche Generalklausel und Verfahrensgrundsätze 233
3. Beschwerdearten und Besonderheiten 234
IV. Formale Voraussetzungen und Ablauf eines Beschwerdeverfahrens 236
V. Wehrbeschwerde und andere Möglichkeiten 238

Kapitel 21 Wehrdisziplinarrecht 240
I. Würdigung guter Leistungen 240
II. Ahndung von Dienstvergehen 241
1. Einfaches Disziplinarverfahren 241
a) Einfache Disziplinarmaßnahmen 241
b) Bemessung der Disziplinarmaßnahme 243
c) Mittel der Sachverhaltsaufklärung 244
d) Stufen der Disziplinarbefugnis 245
e) Die Vollstreckung der Disziplinarmaßnahme . . . 246
2. Gerichtliche Disziplinarmaßnahmen 247

Kapitel 22 Wehrstrafrecht 250
I. Idee und Aufgabe des Wehrstrafrechts 250

II. (Wehr)Strafrecht und Disziplinarrecht (Abgrenzung) 250
III. Allgemeine Bestimmungen zum Wehrstrafrecht 251
1. Allgemeines 251
2. Der Befehl 252
3. Strafverfolgung 252
IV. Wehrstraftaten 253
1. Dienstentziehungsdelikte 253
2. Straftaten gegen die Pflichten der Untergebenen 254
3. Straftaten gegen die Pflichten der Vorgesetzten 255
4. Sonstige 258
5. Exkurs: Das Völkerstrafgesetzbuch 259

Stichwortverzeichnis 263